

auf der Konferenz eine recht große Minderheit war, die sich nicht einschließen lassen wird. Als ein Zusatzantrag gestellt wurde, der die Zufriedenheit der Partei mit der Arbeiterfraktion aussprach, zeigte sich dieselbe Scheidung: dafür stimmten 248, dagegen 123.

Für die Leiter der Partei, die auf eine demonstrative Billigung ihrer Taktik hingearbeitet hatten, war das Ergebnis dieser Abstimmungen eine schwere Schlappe, und ihre Erbitterung brach los, als es zur Beratung eines Antrages kam, jenen Mitgliedern der Partei, die die Statuten der Arbeiterpartei nicht anerkennen, die Auszahlung von Parlamentsdiäten aus der Parteikasse zu verweigern. Das war direkt gegen Grayson gezielte, der, wie bekannt, mit der Arbeiterfraktion mitzuarbeiten vollkommen bereit ist, aber seine Selbständigkeit nicht aufgeben will. Grayson verteidigte seinen Standpunkt in einer glänzenden Rede, die starken Beifall erntete, Keir Gardie dagegen, der ihm antwortete, sprach in einem leidenschaftlich zugespitzten persönlichen Tone, indem er dem „jungen Manne“ vorwarf, er beharre nicht auf seiner politischen Selbständigkeit, sondern auf seinen Eigendünkel. Die Versammlung wurde aufgeregt, harte Worte flogen hin und her, endlich wurde der Antrag mit 332 gegen 54 Stimmen angenommen. Der Sieg blieb noch einmal der Parteileitung, aber die Sturmwolken, statt sich zu zerstreuen, verdichteten sich noch mehr.

Am zweiten Tage der Konferenz eröffnete der Vorsitzende Macdonald die Sitzung mit einer langen Rede, in der er die Grundprinzipien seines bürgerlichen Sozialismus und seiner opportunistischen Taktik auseinandersetzte. Der Sozialismus sei eine Sache der Intelligenz und der Sittlichkeit, und er komme nicht durch Revolution, sondern durch die evolutionäre Umarbeitung der Gesellschaft. Wer die Ansicht hege, daß das Problem der Arbeitslosigkeit durch die Verletzung der parlamentarischen Geschäftsordnung gelöst werden kann, der sei ein Dummkopf oder sogar Verbrecher, denn nichts sei wichtiger, als die Formen der demokratischen Regierung zu bewahren, die für die Ausbildung des sozialistischen Staates so wertvoll seien. Gesetz und Ordnung seien wichtiger als Anarchie, und die Verwirklichung des Sozialismus hänge nicht von jenen ab, die ihm, als Schmeichler, folgen, sondern von jenen, die ihm mit Herz und Kopf dienen. Die Rede wurde mit merklicher Unruhe aufgenommen, und als dann die Beratung des Nationalratsberichts anging, traten die Oppositionellen ganz entschieden mit ihrer Kritik den offiziellen Schönfärbereien entgegen. Unschlüssig eines Passus in dem Berichte, der die Zufriedenheit mit der Leitung des Parteiorgans, des Labour Reader, ausdrückte, entwickelte die Opposition eine so scharfe und durchaus berechtigte Kritik, daß der betreffende Resolutionspassus nur noch mit einer kleinen Mehrheit genehmigt wurde, und als es an einen andern Passus ging, in dem es hieß, daß Grayson wegen seiner Weigerung, mit Keir Gardie in derselben Versammlung zu erscheinen, von der offiziellen Liste der Parteiquadrate abgesetzt sei, gelang es der Opposition sogar, die Mehrheit zu gewinnen; der Passus wurde mit 217 gegen 194 Stimmen zurückgewiesen. Das war eine Katastrophe, wie sie die Parteiführer gar nicht erwartet hatten. Zweifelsohne hatte die Parteileitung in dieser Angelegenheit unrecht. Nachdem Grayson im Unterhause die Arbeiterfraktion, die ihn in seinem Auftreten gegen die Vernachlässigung der Arbeitslosenfrage nicht unterstützt hatte, als „Volkverräter“ gebrandmarkt hatte, wurde er von Keir Gardie und anderen auf das schmutzigste angegriffen, worauf Grayson sich ganz natürlich weigerte, gemeinsam mit ihnen in öffentlichen Versammlungen aufzutreten. Im schlimmsten Falle war es ein persönlicher Zank. Der Nationalrat aber sagte es als eine Majestätsbeleidigung auf und maßregelte ihn. Dennoch konnte der Vorstand hoffen, daß die Konferenz ihn nicht desabonvieren würde — hieß es doch sonst, der Persönlichkeit Keir Gardies nicht mehr Wert beizumessen, als jedem anderen Parteimitgliede. Die Delegierten aber hatten eine andere Meinung: wie hoch auch die Persönlichkeit Keir Gardies in der Partei geschätzt wird, so ist er doch nicht etwa ein Parteiprogramm, das man nicht verletzen darf. Indem die Delegierten die Maßregelung Graysons mißbilligten, sprachen sie das offen aus.

Jetzt hatte die Parteileitung genug von dieser Opposition. Sofort trat sie zu einer Beratung zusammen, und am andern Tage erklärte Macdonald der staunenden Konferenz namens der vier wichtigsten Nationalratsmitglieder, Keir Gardie, Macdonald, Snowden und Bruce Glasier

Eines Abends endete es damit, daß Advokat Ragnar Breim die Violine weglegte und sich ans Klavier setzte, um zu spielen.

Das ward eine Ueberraschung. Keiner von diesen Musikliebhabern verkehrte ja außer an den Spielabenden mit dem andern. Und niemand hatte davon gehört, daß das Klavier sein eigentliches Instrument war. Kirsten, die neben ihrem Mann saß, flüsterte ihm einmal in der Pause zu: „Über mein Gott, er kann ja spielen!“

Das hörte Ragnar Breim und errotete wie ein Schulknabe, der gelobt wird. Kirsten sah zu Eilert Stange auf und strahlte vor Freude und wollte mit ihm teilen. Sie war wie erwacht und hatte Träume abgeschüttelt.

Als sie und er die Gäste hinausbegleiteten hatten, zog sie ihn wieder auf das Sofa nieder:

„Ich wußte es nicht, Eilert!“

„Was wußtest du nicht?“

„Breim ist ja Musiker . . . Künstler. Vater und ich glaubten, er spiele nur eine respectable, eine gute Violine — — Und wie bescheiden er ist! — Wie ist es nur zugegangen, daß er Jurist geworden ist?“

„Ja . . . er wollte eigentlich Musiker werden. — Ein schwacher Mann und empfindlich gegen Kälte. — Er hatte wohl nicht den Mut, den Kampf aufzunehmen.“

„Du bist ja mit ihm zur Schule gegangen?“

„Ja, er saß immer auf der ersten Bank. Machte sich nichts aus den Schulaufgaben, lernte sie aber doch. Machte sich nur etwas aus der Musik . . . Aber er hatte Pflichtgefühl, und die Augen der Mutter stühten ihn. — Guter Junge! — Er zweifelte vielleicht auch an seinem Musiktalent.“

„Nein, daß er nicht Musik studiert hat! Fühltest du die Zartheit, mit der er spielte! Und die Kraft! Ach, es tropfte Poesie aus seinen Fingern! Er sang . . . sang auf dem Klavier! — Nein, daß wir so etwas hier in der Stadt haben, du. — Das wird Vater erfreuen und erstaunen!“

(Der letztere ist Redakteur des Labour Reader), daß sie aus der Leitung ausscheiden. Das war eine geradezu niedererschütternde Sensation. Die Delegierten sprangen auf, und ein noch nie dagewesener Sturm von Leidenschaften brach los. Umsonst erklärten sie, daß mit der Zurückweisung des unglücklichen Passus keine Beleidigung weder des Nationalrates noch Keir Gardies gemeint sei, daß sie ihr Votum sofort zurückziehen würden, und daß sie volles Vertrauen zu ihren Führern haben. Die Herren waren unbesonnen, und Macdonald erklärte ganz offen, daß ihm und seinen Kollegen nicht bloß das letzte Votum, sondern das ganze Verhalten der Konferenz nicht gefiele, da sie sich von einem Häuflein „leichtsinniger und unverantwortlicher junger Leute“ verführen lasse. Die Delegierten demüthigten sich noch mehr, und zogen tatsächlich ihr letztes Votum mit 249 gegen 110 Stimmen zurück. Es half aber nichts, die Vier blieben „unerbittlich“, und endlich wurde beschlossen, den Ortssektionen vorzuschlagen, vier neue Mitglieder des Nationalrates zu erwählen.

Damit war die Konferenz zu Ende. Es war noch über manche andere Frage zu diskutieren und abzustimmen, aber gegenüber diesem sensationellen Schluß verkümmerten sie alle ihre Bedeutung. Was nun? Diese Frage stellt sich heute jeder Politiker in England, denn sie hat für die bürgerlichen Politiker, besonders für die Liberalen, eine vielleicht größere Wichtigkeit als für die Sozialdemokratie. Nicht umsonst beklagt heute die gesamte liberale Presse diese „unglückliche“ Spaltung in den Reihen der J. L. P. und schimpft auf die „jungen Leute“, hinter denen sie die „Parteibrecher“ und „Sektierer“ von der S. D. F. erblickt. Die J. L. P., wie sie bisher von den Herren Keir Gardie, Macdonald und Snowden geleitet wurde, war für die Liberalen von unschätzbarem Wert, da sie der Sozialdemokratie eine erfolgreiche Konkurrenz unter den Massen bot und sie nicht in die Reihen der Arbeiterpartei zuließ. Jetzt bricht die bisherige Politik der Führer zusammen, und damit entsteht für den Liberalismus die Gefahr, daß endlich doch die revolutionäre, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik auch in der J. L. P. einmal siegen wird, wodurch die S. D. F. zu ihrem Rechte kommen muß. Freilich ist die Handlung von Keir Gardie und Genossen nicht mehr als ein neuer Einschüchterungsversuch. Freilich fehlt es der Opposition an Fähigkeit und Ernst, um die Leitung der Partei zu übernehmen. Freilich werden die ausgeschiedenen vier Mitglieder des Nationalrates bald zurückkehren, nachdem sie ein feierliches Vertrauensvotum von den Ortssektionen bekommen. Alles wird wieder hergestellt werden, wie es vor der Konferenz war. Allein die oppositionellen Elemente werden dadurch nicht verböhnt werden, und die Führer selbst, trotz aller Vertrauensvotums, werden an Respekt stark einbüßen. Ein Jahr oder zwei mag noch alles beim alten bleiben, aber wenn die Herren Keir Gardie und Macdonald ihre Taktik nicht umändern, dann bricht die Revolution wieder aus, und dann wird es keine Restauration mehr geben. Der Opportunismus und der großspurige „Sozialismus“ von Macdonald ist zusammengebrochen, und nie werden sie wieder die J. L. P. beherrschen. Ob dieses Ergebnisses ist die Edinburgher Konferenz eine historische Tagung.

## Mandatspolitik.

Vor einiger Zeit berichtete die Parteipresse, daß in Magdeburg an Stelle des früheren Abgeordneten, der bei den Gottentottwahlen unterlag, ein anderer Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt werden solle. Nun wird im allgemeinen gegen eine Aenderung des aufzustellenden Kandidaten nichts einzuwenden sein; irgend ein sittliches Recht eines Kandidaten auf den Kreis, in dem er früher aufgestellt wurde, läßt sich nicht behaupten. Die Partei hat das größte Interesse daran, daß überall die Genossen aufgestellt und in den Reichstag geschickt werden, die als die besten und geeignetsten erscheinen, dort unsere Sache zu vertreten. Gegen dieses Parteinteresse müssen alle persönlichen Rücksichten, wie z. B. daß es für einen früher aufgestellten Genossen unangenehm ist, in dieser Weise „abgesetzt“ zu werden, zurückgestellt werden.

Aber die besonderen Gründe, die in der Magdeburger Parteiverammlung für einen Wechsel des Kandidaten angeführt wurden, verdienen eine nähere Betrachtung. Denn auch anderswo gelten sie wohl als Gründe, die bei der Wahl eines Kandidaten maßgebend sein sollen. So wurde von einem Genossen gesagt, man solle einen Kandidaten aus dem Kreise selbst aufstellen, anstatt sich einen aus Berlin zu holen, den die Wähler kaum kennen. Nun ist es zweifellos richtig, daß man mit einer im Kreise wohnhaften und bekannten Persönlichkeit einige Stimmen mehr gewinnen kann. Aber damit wird der Charakter des Wahlkampfes in einer bedenklichen Weise beeinflusst. Aus anderen Ländern erfahren wir bisweilen, mit wie viel Mühe unsere Genossen dort bestrebt sind, die Wahlen aus Kämpfen um Personen zu Kämpfen um Prinzipien zu machen. Und nun sollen wir umgekehrt handeln? Den bürgerlichen Parteien, die den sachlichen Kampf um Grundzüge zu fürchten haben, mag es nahe liegen, Kandidaten auf Grund ihrer persönlichen Beliebtheit durchbringen zu wollen. Die Sozialdemokratie hat allen Anlaß, namentlich in der Periode des Reichstagsverbandes, ihren Kampf nur als Kampf für den Sozialismus zu führen, bei dem die Personen ihrer Kandidaten ganz ausgeschaltet werden und nur als Träger eines Prinzips erscheinen. Nicht für Pfannduch oder Landsberg, sondern für die Sozialdemokratie sollen die Stimmen der Arbeiter abgegeben werden.

Noch schöner machte es ein anderer Redner, der ausführte, es solle ein Kandidat aufgestellt werden, der viele Stimmen aus dem bürgerlichen Lager erhalten würde, damit in solcher Weise der Wahlkreis gewonnen werde. Worauf kommt diese Forderung hinaus? Darauf, daß ein Kandidat aufgestellt wird, der den bürgerlichen Anschauungen näher steht und dadurch einen Teil der Bourgeoisie weniger abstößt als ein prinzipieller Sozialdemokrat. Nicht der beste Kämpfer soll aufgestellt werden, sondern einer, der die Bourgeoisie weniger scharf angreifen will. Das Proletariat braucht aber seine Abgeordneten im Reichstag, um dort seine Interessen und Anschauungen im Kampfe gegen die anderen Klassen möglichst scharf zur Geltung zu bringen; dieses Ziel wird nicht erreicht, wenn es einen Vertreter hinschickt, dessen „gemäßigte“ Anschauungen einer kleinen Gruppe fortschrittlicher Bürger genehm sind. Eine solche politische Schläumeierei würde dazu führen, daß die Anschauungen der starken Fraktion, die wir dabei bekommen sollen, mit denen der Arbeiter-

masse nicht in Harmonie stehen. Früher oder später würden daraus schädliche Konflikte zwischen dem Proletariat und seinen Parlamentariern entstehen müssen.

Noch einen Schritt weiter in dieser Richtung und man kommt zu dem famosen Plan Raurenbrechers, unsere Partei solle Fortschrittler aufstellen, die die Stimmen der Arbeiter und die des Bürgertums auf sich vereinigen würden; die Arbeiter stimmen ja doch für jeden Kandidaten, den die Partei ihnen empfiehlt. In der Praxis würde sich da bald zeigen, daß die Arbeiter diese Zumutung vor sich weisen, weil sie etwas mehr von dem Zweck verstehen, dem ihre Abgeordneten dienen sollen.

Nun können die Magdeburger Genossen zur Verteidigung ihrer Ansicht bemerken, daß es doch besser sei, einen Kreis mit einem „gemäßigten“ Genossen zu erobern, als ihn mit einem „radikalen“ Genossen zu verlieren. Ein „weniger guter“ — gesetzt, wir erkennen die Qualifikation an — Abgeordneter sei doch besser als gar keiner, jeder von uns werde auf dem Magdeburger Sitz lieber einen Revisionisten als einen Reaktionsär sehen. Darin haben diese Genossen vollkommen recht. Die Wahrheit, daß es uns nicht in erster Linie um Mandate zu tun ist, und daß die Größe unserer Fraktion keinen Maßstab für die Macht des Proletariats bildet, bedeutet nicht, daß wir nicht möglichst viel Mandate zu erobern suchen. Denn jedes Mandat bedeutet eine Machtposition, die wir dem Feind entreißen und von der heraus wir ihn angreifen.

Aber gerade weil die Magdeburger Genossen in diesem Punkte recht haben, haben sie unrecht. Denn so geschieht wie wir sind unsere Gegner auch. In dem richtigen instinktiven Empfinden, was ihr Klasseninteresse erheischt, war die Bourgeoisie den Arbeitern noch immer über. Ein verschiedenes Benehmen gegenüber Radikalen und Revisionisten zeigt sie nur, wenn sie damit das Proletariat schwächen kann; es hört auf, sobald das Proletariat dadurch gestärkt werden könnte. Deshalb führt sie die inneren Kämpfe, indem sie die einen über den grünen Klee lobt und sie gegen die anderen heßt; wenn es sich aber um ein Mandat für die Sozialdemokratie handelt, gibt sie dem einen so wenig ihre Stimme wie dem anderen. Das Bürgertum hat Bernstein in Breslau genau so durchfallen lassen wie Gase in Königsberg.

Darin handelte es nur vernünftig. Denn die Bourgeoisie weiß ganz gut, daß Bernstein und seine Freunde, was ihre besonderen Anschauungen innerhalb der Partei auch sein mögen, im Reichstag als Vertreter des Proletariats keine persönliche Politik auf eigene Faust führen dürfen, sondern die Politik des Proletariats führen müssen. Bei uns gebieten nicht die Parlamentarier nach ihren individuellen Anschauungen, sondern die Masse gebietet über die Politik der Fraktion. Daher hat die Bourgeoisie vollkommen recht, wenn sie im Wahlkampf Revisionisten und Radikale egal behandelt und in beiden nur Wortführer des Proletariats sieht.

Daraus ergibt sich, daß die Spekulation auf die bürgerlichen Stimmen eine verfehlte Spekulation ist. Wer aus dem Bürgertum einen Sozialdemokraten dem Reaktionsär vorzieht, hat dafür seine Gründe, die mit der Person des Kandidaten wenig zu tun haben. Die Bourgeoisie sieht vielleicht recht gern, wenn an Stelle eines Radikalen ein „Gemäßigter“ gewählt wird, aber noch lieber hat sie einen Reaktionsär. Das Wäckerdugend weltfremder Ideologen aber, daß sich durch diese Spekulation einfangen ließe, kann neben den anderen Gründen, die bei der Aufstellung eines Kandidaten maßgebend sind, nicht ins Gewicht fallen.

## Die Rebellion in Konstantinopel.

Die Chancen der Jungtürken werden in diplomatischer Kreise verschieden beurteilt. Die ganze macedonische Bewegung untersteht dem Kommando des Kommandeurs des dritten Korps, Mahmud Scherket Pascha. Scherket war längere Zeit in Oberndorf bei Mauer, spricht vorzüglich deutsch und gilt als Organisator ersten Ranges. Die von Salonik kommenden Truppen sollen in Tschakalscha formiert werden. Eine türkische Zeitung teilt mit, die Salonikier Truppen hätten den Thronfolger Meschad Effendi zum Sultan proklamiert. Die Jungtürken hielten ein Meeting ab und telegraphierten dem Sultan: Wir marschieren nach Konstantinopel, um die Verfassung zu retten, die Sie aufzuheben bemüht sind.

Konstantinopel, 17. April. Im Laufe des heutigen Tages werden aus Salonik zwei Eisenbahzüge mit zusammen 1000 Mann Militär hier eintreffen. Die Truppen werden in der Umgebung der Hauptstadt Stellung nehmen und mit der Garnison von Konstantinopel verhandeln. Gegebenenfalls wird die Hauptstadt angegriffen werden. Man vermutet, daß die Truppen unter Führung von Enver Bey stehen. Auch aus Serres werden Truppen erwartet.

Konstantinopel, 17. April. In der gestrigen Beratung der türkischen und bulgarischen Delegierten wurden die Verhandlungen zu Ende geführt. Wie verlautet, hatte der Großvezir dem Minister des Aeußeren die Weisung erteilt, die Verhandlungen unbedingt zu Ende zu bringen. — In Stambul herrscht abermals große Erregung wegen der für heute erwarteten Ankunft jungtürkischer Truppen. Die Bevölkerung sieht den Ereignissen mit banger Erwartung entgegen.

Paris, 17. April. Auf Grund der Ereignisse in der Türkei hat die Regierung beschlossen, die zwei Panzerkreuzer Victor Hugo und Jules Michelet nach dem Piräus zu entsenden. Die Schiffe sind gestern von Toulon abgegangen.

Sofia, 17. April. Am Donnerstag und gestern haben mehrere Vertreter der Großmächte beim Ministerpräsidenten bezüglich der Haltung der bulgarischen Regierung gegenüber den Ereignissen in der Türkei Erundigungen eingeholt und durchaus beruhigende Versicherungen erhalten. Ebenso erhielt der türkische Geschäftsträger im Ministerium des Aeußeren die Versicherung, daß Bulgarien keine aggressiven Absichten gegen die Türkei hege.

Einzelne Blätter greifen die Regierung heftig an, weil sie den Ereignissen in der Türkei unthätig zusehe, anstatt den günstigen Augenblick zu benutzen, und in die Türkei einzufallen. Von Verhandlungen oder von der Zahlung einer Kompensation dürfe angehandelt der Revolution in der Türkei keine Rede sein.

Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, arbeiten die Westmächte eifrig auf eine beschleunigte Regelung der türkisch-bulgarischen Streitfragen und die Anerkennung des Königreichs Bulgarien hin. Einzelne Vertreter seien bereits verständigt worden, daß die Regelung in den nächsten Tagen zu erwarten sei.

Konstantinopel, 10. April. Da die Unruhen in Adana fortbauern, wurde dort das Standrecht proklamiert und Militär dorthin entsandt. Das hiesige armenische Komitee ist über die Vorfälle in Adana sehr erregt.